



Ex-Brigadegeneral Erich Vad und Hamburgs 97-jähriger Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) setzen sich für Verhandlungen mit Russland ein.

FOTO: WESTEND-VERLAG

INTERVIEW Ex-Brigadegeneral und Merkel-Berater Erich Vad kritisiert die deutsche Russlandpolitik und setzt auf Alaska

»Trump hat es vorbildlich gemacht«

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
MARTIN ZIMMERMANN

REUTLINGEN. Der ehemalige Brigadegeneral und Merkel-Berater Erich Vad hat gemeinsam mit Klaus von Dohnanyi (SPD), dem 97-jährigen Ex-Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1972–1974) und Ersten Bürgermeister von Hamburg (1981–1988), ein Buch veröffentlicht. Beide kritisieren darin die Russlandpolitik der Bundesregierungen und fordern Gespräche mit Wladimir Putin. Im GEA-Interview erklärt Vad, was er an Donald Trumps Außenpolitik gut findet und warum es ein Fehler war, ausschließlich auf Biden und Selenskyj zu setzen.

GEA: Herr Vad, wie kam es zu Ihrem Buchprojekt mit Klaus von Dohnanyi?

Erich Vad: Wir haben uns im Zuge der Ukraine-Debatte kennengelernt und festgestellt, dass uns das Thema sehr bewegt. Es hat sich eine Korrespondenz entwickelt und der Verleger des Westend-Verlags hat uns zu einem Gespräch eingeladen.

Welche Fehler hat die Bundesregierung denn aus Ihrer Sicht in der Ukraine-Politik gemacht?

Vad: Wir haben zwei große strategische Fehler gemacht. Zum einen haben wir einseitig auf Selenskyj gesetzt und alle Drähte nach Moskau gekappt. Wir wollen nicht anerkennen, dass es für die Ukraine trotz unserer Waffenlieferungen keine militärische Lösung gibt. Die militärische Lage war noch nie so schwierig wie jetzt, auch wenn wir diesbezüglich in den Medien oft Wunschkonzerte hatten.

»Erdoğan war Mittler und Makler und steht jetzt außenpolitisch gut da. Wir nicht«

Hätte es denn eine Alternative zur Ukrainepolitik der Ampel-Regierung gegeben?

Vad: Ja. Wir hätten unbedingt neben unserer Unterstützung der Ukraine mit den Russen verhandeln müssen, so wie es die Amerikaner seit Ende des letzten Jahres tun. Auch die Türkei hat außenpolitisch so agiert. Erdoğan hat der Ukraine

Waffen geliefert, aber er hat eben auch die Gesprächskanäle auf allen Ebenen offen gehalten und beispielsweise das Getreideabkommen verhandelt. Er war Mittler und Makler und steht jetzt außenpolitisch gut da. Wir nicht.

Sie sehen also keine Möglichkeit mehr für die Ukraine, den Krieg zu gewinnen?

Vad: Wer heute noch sagt, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen kann, der hat wirklich von Krieg und militärischen Dingen keine Kenntnis. Es gibt aktuell eine normative Kraft des Faktischen.

Und was war der zweite Fehler der Ampel-Regierung?

Vad: Wir haben zu stark auf Joe Biden gesetzt und teilweise Wahlkampf gegen Donald Trump gemacht.

Hätten Sie denn auf Trump gesetzt?

Vad: Ich bin froh, dass Trump eine andere Ukraine-Politik machen will und jetzt mit dem Gipfel in Anchorage auf höchster Ebene mit Putin über Wege aus dem Krieg reden will. Die Europäer sitzen dabei nicht einmal am Katzentisch. Sie spielen keine Rolle und vermitteln den Eindruck, als wären sie froh, wenn der Friedensgipfel in Anchorage scheiterte und es weiterginge mit dem sinnlosen Ukraine-Krieg. Wir müssen aber unbedingt aus diesem Krieg raus, weil die Gefahr einer Eskalation für Europa viel zu groß ist. Trump – von dessen politischer Erratik ich kein Freund bin – hat es im Israel-Iran-Krieg vorbildlich gemacht, indem er die durchgeführten militärischen Schläge begrenzt gehalten und parallel mit den Iranern verhandelt hat. Im Moment ist Trump die beste Hoffnung auf ein Kriegsende, die wir haben.

Wie sollte Merz Trump unterstützen?

Vad: Über den Frieden in Europa wird nach wie vor in Washington und Moskau entschieden und nicht in Berlin, London oder Paris. Das ist beschämend 80 Jahre nach Jalta. Europa war noch nie politisch, wirtschaftlich und militärisch so abhängig von den USA wie heute. Darüber sollten wir uns keine Illusionen machen. Wenn die Claims zwischen Amerikanern und Russen abgesteckt sind, dann können wir sicherlich unsere Beiträge zur Unterstützung der Ukraine etwa beim Bezahlen amerikanischer Waffenlieferungen oder beim Wiederaufbau des Landes einbringen. Mit Blick auf Sicherheitsgarantien spielt Europa hier eine untergeordnete Rolle. Die beste Sicherheitsgarantie für die Ukraine ist die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Russland. Und wir Europäer täten gut daran, diesen Prozess zu fördern, anstatt

unrealistische, nicht durchsetzungsfähige Forderungen zu erheben.

Haben die USA und Europa im Ukraine-Krieg unterschiedliche Interessen?

Vad: Im Grunde genommen haben die USA für die Zukunft zwei strategische Optionen. Sie können erstens den Ukraine-Krieg in Europa, 6.000 Kilometer weit weg von den USA, weiter alimentieren und damit dem Wunsch der Europäer entgegenkommen, weil die Europäer dafür zahlen und der amerikanische Anteil im Rohstoffabkommen mit der Ukraine steigt. Selbst eine nicht auszuschließende Eskalation des Ukraine-Kriegs zu einem europäischen Krieg mit Russland böte den USA viele politische und wirtschaftliche Vorteile. Zweitens können die USA versuchen, den Ukraine-Krieg zu beenden und zu normalen Beziehungen mit Russland zurückzukehren. Das böte den USA den strategischen Vorteil, das enge Bündnis Russlands mit China, in das wir die Russen regelrecht hineingetrieben haben, aufzubrechen, und brächte auch wirtschaftliche Vorteile für beide Seiten und natürlich auch für uns Europäer.

»Trump ist momentan die beste Hoffnung auf ein Kriegsende, die wir haben«

Warum hoffen Sie auf eine Einigung zwischen Trump und Putin?

Vad: Trump hat offensichtlich kein Interesse daran, Russland dauerhaft in die Abhängigkeit von China zu treiben. Europa übrigens auch nicht. Deshalb würde ich es begrüßen, wenn die Amerikaner es schafften, ihr Verhältnis zu Russland wieder zu normalisieren und den Ukraine-Krieg zu beenden. Wenn es tatsächlich dazu kommt, dann wäre der Gipfel zwischen Donald Trump und Wladimir Putin in Anchorage von ähnlicher historischer Bedeutung wie das Treffen von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow auf Governors Island bei New York 1988, das das Ende des Kalten Kriegs einleitete.

Sie haben die Russland-Politik der Ampel und von Friedrich Merz kritisiert. Wurden auch schon zu Ihrer Zeit als Merkel-Berater Fehler in der Russland-Politik gemacht?

Vad: Der große Fehler war es, dass man der Ukraine und Georgien 2008 den Nato-Beitritt versprochen hat. Die Russen haben damals deutlich gemacht, dass das ihre rote Linie ist und Krieg bedeutet. Stellen Sie sich einmal vor: Wenn Kanada

oder Mexiko der Eurasischen Union beitreten würden, dann könnten die USA das auch nicht akzeptieren. Es kam dann 2008 auch zum Krieg mit Georgien. Ich war damals beim NATO-Gipfel in Bukarest dabei und Angela Merkel hat sich gegen diesen Beschluss zum Nato-Beitritt der Ukraine und Georgiens ausgesprochen. Es war sicherlich ein Fehler Putins, die Ukraine zu überfallen, aber die Fehler des Westens, vor allem der USA, im Vorfeld des Kriegs gehören zur Vorgeschichte des russischen Überfalls. Aus diesen Fehlern sollten wir lernen.

»Wer heute noch sagt, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen kann, der hat von Krieg keine Kenntnis«

Sie haben vorhin Trumps Verhalten im Israel-Iran-Krieg gelobt. Wie beurteilen Sie die deutsche Kehrtwende bei den Waffenlieferungen an Israel?

Vad: Das ist eher Symbolpolitik, mit der sich allerdings Bundeskanzler Merz ziemlich ins politische Abseits manövriert hat. Die Israelis brauchen unsere Waffen in Gaza nicht wirklich, im Gegensatz zu Kriegsschiffen und U-Booten, die wir liefern. Hier geht es um Panzerabwehrwaffen und Infanteriewaffen, aber von denen haben sie genug, auch von den Amerikanern. Hier ein Fass mit viel Sprengkraft aufzumachen ist politisch unklug und wohl eher innen- und koalitionspolitisch motiviert. Merz stellt damit auch das Verhältnis Deutschlands zu Israel unnötig auf eine der schwersten Belastungsproben seit dessen Staatsgründung.

Sie haben gesagt, dass Deutschland und Europa militärisch keine Rolle in der Weltpolitik spielen. Müsste nicht die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, um das zu ändern?

Vad: Der einzige Verfassungsauftrag der Bundeswehr ist und bleibt die Landesverteidigung. Nicht die Verteidigung des Hindukusch, des Dnjepr oder Taiwans. Nach dem letzten NATO-Gipfel in Den Haag fehlen der Bundeswehr perspektivisch rund 80.000 Soldaten. Das ist eine Größenordnung weit weg von der Stärke der alten Wehrpflichtarmee des Kalten Kriegs mit rund 500.000 Soldaten. Die Stärke der Bundeswehr ist zudem durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag nach der deutschen Einheit auf 370.000 Mann begrenzt. Ich glaube, dass das angestrebte Wehrpflichtmodell Schwedens uns weiterhelfen könnte, genügend freiwillige Wehrpflichtige zu finden. (GEA)

BUCHINFO

Erich Vad, Klaus von Dohnanyi: Krieg oder Frieden – Deutschland vor der Entscheidung. 144 Seiten. 20 Euro. Westend Verlag, Neu-Isenburg.